



Feindbild Zivilgesellschaft

**Sicherheitsreport zu Angriffen
auf Demokratieprojekte**

Herausgeberin

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de
amadeu-antonio-stiftung.de

Autor*innen Lea Lochau, Ronja Pohl, Lisa Geffken

Redaktion Lea Lochau, Ronja Pohl

Lektorat Benjamin Triebe, Klara Räthel

Gestaltung und Grafiken Julia Klee

Zitationshinweis Amadeu Antonio Stiftung (2026):
Feindbild Zivilgesellschaft – Sicherheitsreport zu Angriffen auf
Demokratieprojekte

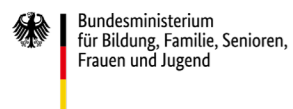
Eine Publikation des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus-
prävention der Amadeu Antonio Stiftung im Kooperationsverbund
Rechtsextremismusprävention.

Diese Publikation wurde durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.
Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser
Veröffentlichung die Verantwortung.

Zugleich möchten wir all unseren Spender*innen danken, die die Arbeit der Stiftung
überhaupt erst ermöglichen und mittragen.



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

FREUDENBERG
STIFTUNG

Inhaltsverzeichnis

04 Einleitung

07 Geleitwort

10 Quo Vadis Zivilgesellschaft? Diffamierungen und Angriffe
auf zivilgesellschaftliche Akteure

Analyse zu den Angriffen auf die Zivilgesellschaft

Politisch-administrative Dynamiken

Informations- und Einflusskampagnen

22 Stimmen aus der Praxis

26 Handlungsempfehlungen

28 Verweise & Hilfsangebote

Einleitung

Sehr geehrte Leser*innen,

dieser Sicherheitsreport erscheint zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft qualitativ und quantitativ zugespitzt haben. Rechtsextreme Akteure gehen zunehmend koordiniert vor, nutzen parlamentarische Mittel, öffentliche Kampagnen und Einschüchterungen, um demokratische Initiativen zu delegitimieren und zurückzudrängen. Diese Entwicklung betrifft nicht einzelne Organisationen, sondern die Funktionsfähigkeit demokratischer Infrastruktur insgesamt.

Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechts extremismus, Rassismus und Antisemitismus übernehmen Aufgaben, die für das Funktionieren der Demokratie unverzichtbar sind. Gleichzeitig arbeiten sie in einem Umfeld, in dem Engagement zunehmend mit Risiken verbunden ist. Angriffe auf diese Akteure sind längst kein Randphänomen mehr, sondern Teil einer strategischen Auseinandersetzung um demokratische Deutungshoheit. Seit über zwölf Jahren lässt sich eine deutliche Verschlechterung der Bedingungen für demokratische Arbeit beobachten. Die Zahl der Angriffe steigt kontinuierlich, wie die *Dokumentationen des VBRG* zeigen. Gleichzeitig professionalisieren sich rechtsextreme Netzwerke weiter. Die Gründung der AfD-Jugendformation „Generation Deutschland“ markiert eine neue Phase der strategischen Mobilisierung. Schon im *ersten Sicherheitsreport* wurde anhand der Angriffe auf Christopher Street Days sichtbar, wie koordiniert rechtsextreme Aktionen mittlerweile ablaufen.

Eine zentrale Rolle in dieser Zuspitzung spielt die AfD. Sie agiert nicht nur als parlamentarischer Akteur, sondern als politischer Knotenpunkt, der Angriffe auf die Zivilgesellschaft bündelt,

legitimiert und verstärkt. Durch parlamentarische Anfragen, öffentliche Diffamierungen und die gezielte Infragestellung staatlicher Förderpraxis trägt sie maßgeblich dazu bei, demokratische Arbeit als illegitim oder parteiisch zu diskreditieren. Diese Angriffe werden durch parteinahe Strukturen und rechtsalternative Medien aufgegriffen und weiterverbreitet.

Zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2025 dokumentierte die Amadeu Antonio Stiftung 112 Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft, die sich in verschiedene Kategorien einordnen lassen (Mehrfachnennung möglich). Am häufigsten handelte es sich dabei um politische Interventionen (rund 52 Prozent) – etwa öffentliche Kampagnen oder Versuche, Förderentscheidungen zu delegitimieren. Gewaltbezogene Angriffe machten rund 50 Prozent aus, darunter Bedrohungen, Sachbeschädigungen und tätliche Übergriffe. Darüber hinaus wurden gesellschaftspolitische Bedrohungsszenarien (ca. 38 Prozent) sowie konkrete Bedrohungserwartungen (ca. fünf Prozent) dokumentiert. Zusätzlich hat *Campact* im Jahr 2025 314 parlamentarische Anfragen auf Landes- und Bundesebene gezählt, die sich gegen Ehrenamtliche und Vereine richten. Diese Anfragen sind als zusätzliche Angriffe auf die Demokratie in Form von politischen Interventionen zu werten.

Alle von der Amadeu Antonio Stiftung dokumentierten Angriffe und die Kategorisierungen können in der *Chronik der Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft 2025* eingesehen werden.

Diese Verteilung ist analytisch zentral: Sie zeigt, dass der Schwerpunkt der Angriffe nicht primär auf offener Gewalt liegt, sondern auf der politisch-administrativen und diskursiven Schwächung der Zivilgesellschaft. Rechtsextreme Akteure versuchen systematisch, staatliche Verfahren, parlamentarische Instrumente und öffentliche Debatten gegen demokratische Arbeit zu wenden – flankiert von Gewalt und Bedrohung als Eskalationsmittel.

Die Analyse offenbart zudem deutliche regionale Unterschiede. Die Hälfte der von der Amadeu Antonio Stiftung dokumentierten Angriffe (50 Prozent) entfiel auf ostdeutsche Bundesländer (Berlin ausgenommen), rund 13 Prozent auf Berlin und etwa 38 Prozent auf westdeutsche Bundesländer. Diese geografische Verteilung verweist auf unterschiedliche politische Kräfteverhältnisse und lokale Eskalationsdynamiken. Zugleich macht sie deutlich, dass Angriffe auf die Zivilgesellschaft kein regional begrenztes Phänomen sind, sondern bundesweit an Bedeutung gewinnen.

Die qualitative Auswertung zeigt außerdem, dass unterschiedliche Akteure – insbesondere die AfD und rechtsalternative Medien – wiederholt auf die gleichen diskreditierenden Erzählungen zurückgreifen. Gemeinsam konstruieren sie ein Feindbild „Zivilgesellschaft“, das als politisch gesteuert, demokratisch illegitim oder gegen „die Bürger“ gerichtet dargestellt wird. Diese wechselseitige Verstärkung führt dazu, dass einzelne Angriffe weit über den konkreten Anlass hinaus Wirkung entfalten und dauerhaft Druck auf demokratische Akteure ausüben.

Gleichzeitig stehen staatliche Stellen unter besonderem Druck, auf diese Angriffe zu reagieren. Wenn staatliche Stellen auf Drohungen oder Kampagnen gegen zivilgesellschaftliche Akteure mit Verzögerungen, zusätzlichen Prüfanforderungen oder übermäßiger Vorsicht reagieren, kann dies unbeabsichtigt die Wirkung rechtsextremer Einschüchterung verstärken. Wo demokratische Arbeit faktisch erschwert wird, während die Angriffe selbst nicht konsequent sanktioniert werden, geraten Schutzverantwortung und demokratische Grundrechte in ein Spannungsverhältnis.

Gerade hier kommt Verwaltung und Polizei eine besondere Verantwortung zu. Der Schutz der demokratischen Zivilgesellschaft ist keine freiwillige Unterstützungsleistung, sondern Teil staatlicher Daseinsvorsorge für die Demokratie. Eine handlungsfähige Polizei, die Bedrohungen, Nötigungen und Hasskriminalität konsequent verfolgt, sowie eine aufmerksame und sensibilisierte Verwaltung, die demokratische Projekte nicht zusätzlich belastet, sondern schützt, sind zentrale Voraussetzungen für eine resiliente Demokratie.

Diese Entwicklungen treffen eine ohnehin belastete Zivilgesellschaft. Demokratische Verfahren garantieren Transparenz und Rechtssicherheit, während politische Infragestellungen demokratischer Arbeit zu steigenden Anforderungen und erheblichem bürokratischen Aufwand führen. Ressourcen, die für Prävention, Beratung und Unterstützung gebraucht würden, werden so gebunden – während Organisationen parallel mit Hass, Drohungen und Desinformation umgehen müssen. Der vorliegende Sicherheitsreport ist eine Reaktion auf diese Lage:

Er macht Muster sichtbar, ordnet Entwicklungen ein und bietet staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Akteuren eine gemeinsame Arbeitsgrundlage.

In ihren Angriffen verfolgen Rechtsextreme eine bekannte Strategie: Arbeit gegen Rechtsextremismus soll als angeblich „undemokratisch“ oder „ideologisch“ delegitimiert werden. Tatsächlich verhält es sich umgekehrt. Rechtsextremismus ist per Definition antidemokratisch: Er lehnt Gleichwertigkeit ab, delegitimiert demokratische Institutionen und nutzt Einschüchterung als politisches Mittel.

Mit Blick auf die Landtagswahlen 2026 – insbesondere in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern – gewinnt diese Entwicklung zusätzliche Brisanz. Dort ist absehbar, dass rechtsextreme Akteure versuchen werden, ihren politischen Einfluss zu nutzen, um Förderstrukturen zu schwächen und demokratische Arbeit weiter unter Druck zu setzen.



Lisa Geffken
Leitung Kompetenzzentrum Rechts-
extremismus und
Demokratieschutz

Foto: Julian Paul

Der Sicherheitsreport bietet Orientierung in dieser Situation. Er beschreibt die Lage, dokumentiert rechtsextreme Strategien und zeigt Handlungsmöglichkeiten auf. Denn Demokratie lebt vom Alltag: von Menschen, die für sie einstehen – und von einem Staat, der sie schützt.

Zivilgesellschaft im Fadenkreuz: Was die Angriffe auf die Amadeu Antonio Stiftung über den Zustand unserer Demokratie verraten

Geleitwort von Siri Hummel

In den vergangenen Monaten verdichten sich die Anzeichen für eine neue Eskalationsstufe im politischen Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagement. Der Vorwurf – Zivilgesellschaft, oft verkürzt als NGOs seien rein politische Akteure, die unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit linke Ideologie verbreiten, finanziert mit Steuergeldern. Diese Narrative sind keineswegs neu – doch sie gewinnen aktuell an Reichweite, Radikalität und Resonanz. Getragen werden sie nicht mehr nur von randständigen rechtsautoritären Akteuren, sondern zunehmend auch von Teilen der konservativen Mitte.

Die kleine Anfrage der Die CDU/CSU mit ihren 551 Fragen im Februar [2025] hat viel Unsicherheit produziert und war ein klares Signal: unterstellte NGOs, gezielt gegen die Union zu mobilisieren – ein angeblicher Verstoß gegen das Gemeinnützigkeitsrecht. Die politische Botschaft dahinter ist klar: Wer sich zivilgesellschaftlich äußert – und dabei gegen sie –, soll als illegitim markiert und aus dem politischen Diskurs gedrängt werden.

Es geht dabei nicht um die sachliche Verbesserung von Transparenzstandards, wie häufig behauptet wird, sondern um deren selektive Anwendung. Während zivilgesellschaftliche Organisationen mit rigiden Offenlegungspflichten überzogen werden, bleiben wirtschaftliche Lobbygruppen, oder konservative Thinktanks von ähnlichen Transparenzanforderungen weitgehend verschont.

Diffamierung statt Debatte

Das Anti-NGO-Narrativ funktioniert über diskursive Mechanismen der Pauschalisierung, Emotionalisierung und Desinformation. NGOs werden nicht als vielfältige, heterogene Akteurslandschaft dargestellt, sondern als monolithischer Machtblock „der Zivilgesellschaft“, der angeblich ideologisch gesteuert und finanziell privilegiert agiert. Besonders perfide ist dabei die systematische Gleichsetzung von Gemeinnützigkeit mit politischer Passivität: NGOs, die sich für Menschenrechte, Antidiskriminierung oder Klimaschutz einsetzen, verletzen angeblich die Voraussetzungen für steuerliche Begünstigung, weil sie politisch nicht ‚neutral‘ seien.

Die tatsächliche Realität von Zivilgesellschaft ist weitaus komplexer. Weniger als zwei Prozent der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland verstehen sich überhaupt als Akteure politischer Willensbildung. Der Großteil engagiert sich in Sport, Kultur, Bildung oder sozialen Diensten – meist ehrenamtlich, lokal verankert, weit entfernt von politischer Einflussnahme. Selbst in besonders beachteten Feldern wie Umwelt- oder Flüchtlingshilfe liegt der Anteil politisch aktiver Organisationen deutlich unter dem öffentlichen Eindruck. Die Behauptung einer flächendeckend politisierten Zivilgesellschaft ist also empirisch falsch – und sie ist politisch gefährlich, weil sie das Vertrauen in das gemeinwohlorientierte Engagement vieler hunderttausender Menschen untergräbt.

Besonders auffällig ist, wie innerhalb dieses Narrativs die Rolle staatlicher Förderung verzerrt dargestellt wird. Zwar erhalten etwa 38 Prozent der Organisationen öffentliche Mittel, doch machen diese im Durchschnitt nur 11 Prozent ihres Gesamtbudgets aus. Mitgliedsbeiträge, Spenden und Eigenmittel dominieren die Finanzierung. Die Behauptung, NGOs seien „durchalimentiert“ und staatlich gesteuert, lässt sich weder empirisch noch strukturell halten – sie ist eine politische Erzählung, keine Analyse.

Wer schweigen soll

Was aber ist das eigentliche Ziel dieser Kampagne? Es geht um weit mehr als um die Frage, wer Steuermittel erhalten darf. Im Kern steht ein Versuch, demokratische Aushandlungsprozesse einseitig zu verengen. Indem progressive Akteure systematisch unter Verdacht gestellt, mit diffamierenden Begriffen wie „Asylindustrie“ oder „Sprachregime“ belegt und als Teil eines angeblichen „NGO-Komplexes“ beschrieben werden, soll ihre politische Legitimität untergraben werden. Wer für Menschenrechte eintritt, wird zur ideologischen Gefahr erklärt; wer Rassismus thematisiert, zur Spalterfigur.

Es geht dabei jedoch nicht nur um einzelne progressive Akteure, sondern um die systematische Problematisierung zivilgesellschaftlichen Engagements als solchem – unabhängig von inhaltlicher Ausrichtung, Größe oder Struktur. Zivilgesellschaft wird nicht mehr als pluralistisches Korrektiv verstanden, sondern als latentes Bedrohungsszenario gerahmt – ein Feindbild, das sich gegen die demokratische Selbstorganisationsfähigkeit der Gesellschaft richtet. Eine

aktuelle Kleine Anfrage der AfD (BT Drucksache 21/2583) von 5. November zeigt: Es geht ihr um die volle Breite von Zivilgesellschaft; von SOS Kinderdörfern, über die Caritas und Mieterbund bis zur Deutsche Sportjugend.

Diese Strategie zielt nicht auf inhaltliche Auseinandersetzung, sondern auf Einschüchterung. Sie schafft ein Klima, in dem Organisationen sich fragen müssen, ob ihr Engagement noch erwünscht ist. Sie erzeugt Unsicherheit bei Fördermittelgebern, setzt Verwaltungen unter Rechtfertigungsdruck und leistet so einer schleichenden Entpolitisierung Vorschub. Die demokratische Öffentlichkeit wird dadurch ärmer – nicht reicher. Denn die Vielfalt zivilgesellschaftlicher Stimmen ist kein Störfaktor, sondern konstitutiver Bestandteil einer pluralen Demokratie.

Dass NGOs sich kritisch äußern, dass sie Debatten anstoßen, Missstände benennen und marginalisierte Perspektiven sichtbar machen, wird im Anti-NGO-Narrativ nicht als demokratischer Mehrwert verstanden, sondern als illegitimes Machtstreben. Dabei gehört gerade diese Funktion zur DNA eines lebendigen Gemeinwesens: NGOs agieren als Frühwarnsystem gegenüber autoritären Tendenzen, sie organisieren Beteiligung jenseits formaler Institutionen und halten Räume offen für Minderheiten, die sonst keinen Zugang zur Politik hätten.

Was jetzt zu tun ist

Die aktuelle Lage verlangt nach einer klaren, faktenbasierten und solidarischen Antwort. Es reicht nicht, auf die Vorwürfe zu reagieren – wir müssen das Framing selbst in Frage stellen.

Die öffentliche Erzählung von der „linken NGO-Blase“ ist ebenso analytisch haltlos wie politisch instrumentell. Wer sie übernimmt, übernimmt auch das Denkmuster dahinter: Dass gemeinwohlorientiertes Engagement immer dann verdächtig wird, wenn es widerspricht, irritiert oder politisch unbequem ist.

Stattdessen müssen wir die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen offensiv verteidigen – nicht trotz, sondern wegen ihres politischen Engagements. Wir brauchen eine Debatte über die demokratische Funktion von Kritik, über das Spannungsverhältnis zwischen Gemeinnützigkeit und politischer Wirksamkeit – und über die Gefahr, die von politischen Strategien der Diskreditierung ausgeht.

Am Beispiel der Amadeu Antonio Stiftung lässt sich an der Kleinen Anfrage der AfD (BT-Drucksache 21/2709) exemplarisch ablesen, wie aus

einem scheinbar sachlichen Interesse an der Transparenz staatlicher Förderung schnell eine politische Forderung nach der Streichung öffentlicher Mittel wird. Was als kontrollierende Nachfrage beginnt, zielt letztlich auf die finanzielle Delegitimierung und Disziplinierung unliebsamer zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Amadeu Antonio Stiftung ist in diesem Szenario kein Einzelfall, sondern ein Testballon: Wer sie erfolgreich diskreditiert, kann auch andere Organisationen unter Druck setzen – durch Anfragen, Förderentzug, öffentliche Skandalisierung. Umso wichtiger ist es, jetzt Haltung zu zeigen – informiert, deutlich und gemeinsam.



Foto: Lisa Klisch

Dr. Siri Hummel

ist Direktorin des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft in der Maecenata Stiftung und ist Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Demokratie und Zivilgesellschaft, sowie Gleichstellung in der Zivilgesellschaft und Stiftungsforschung.

Weiterführende Links:

Hummel / Schubert (2025): Das Anti-NGO-Narrativ: Wie versucht wird, die Zivilgesellschaft zu delegitimieren.

Hummel / Nicke / Oellers (2025): Der Anti-NGO-Diskurs: Angriffe auf die Zivilgesellschaft in der medialen Öffentlichkeit.

Quo Vadis Zivilgesellschaft? Diffamierungen und Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteure

Die Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft erfolgen vernetzt, systematisch, planvoll, gewalttätig und mit klarem Ziel: Rechtsextreme Vordenker*innen betonen seit Jahren, dass der angestrebte Systemsturz ohne eine Zerschlagung der demokratischen Zivilgesellschaft nicht leistbar wäre. In der Zerschlagung der demokratischen Zivilgesellschaft dienen autoritäre Staaten deshalb als Blaupause und auch im internationalen Kontext lassen sich immer mehr Angriffe auf die Zivilgesellschaft beobachten. So verhängte im Dezember 2025 das Außenministerium der USA zum Beispiel eine Einreisesperre gegen die Geschäftsführerinnen von HateAid. Dieses Vorgehen lässt sich klar als strategische Einschüchterung zivilgesellschaftlicher Akteure einordnen. Diese öffentlichkeitswirksame Diskreditierung einer Organisation, die sich für Menschenrechte im digitalen Raum und gegen digitale Gewalt einsetzt, ist ein klares Signal auch für nicht direkt Betroffene: Es wird deutlich gemacht, dass diese Art von zivilgesellschaftlichen Engagement Gegenstand weitreichender Repressionsmaßnahmen werden kann. Damit entfaltet das Vorgehen eine über den konkreten Einzelfall hinausgehende Signalwirkung und trägt zu einer immer angespannteren Situation bei.

Gewaltvolle Angriffe auf demokratische Akteure und Infrastruktur sind ein integrales Element einer langfristigen Strategie der Rechtsextremen, ebenso wie die Deligitimierung der demokratischen Zivilgesellschaft. Deswegen wird von rechtsextremen Akteuren seit Jahren an der Etablierung des Narratives einer als politisch nicht neutralen, gegen das Gemeinwohl agierenden, politisch gesteuerten Zivilgesellschaft gearbeitet. Ziel ist es, dass dieses Narrativ sich auch jenseits des

Rechtsextremismus verfestigt. Denn nur so kann es ihnen gelingen, die demokratische Zivilgesellschaft zu zerschlagen. Und auf diesem Weg sind sie schon erschreckend weit: Die demokratische Infrastruktur ist akut bedroht. Schon jetzt werden Orte, an denen Demokratie praktisch gelebt wird, delegitimiert, unsicher oder faktisch unzugänglich gemacht. Das betrifft längst nicht mehr nur einzelne Projekte, sondern auch die Orte, an denen sie realisiert werden und die Menschen, die sich in ihnen engagieren. Und damit verschieben sich die Rahmenbedingungen für Engagement insgesamt – mit realen Folgen wie Rückzug, Selbstzensur und dem Verlust öffentlicher Räume. Dies wird auch durch Zahlen der Polizei belegt: Im Jahr 2025 zählte die Polizei 4.072 politisch rechts motivierte Straftaten, darunter 1521 Gewaltdelikte.

Hinzu kommt die zunehmende Infragestellung der staatlichen Förderung. Und auch durch die starke Präsenz einer rechtsextremen Partei in Deutschland verändert sich die Situation: Parlamentarische Vertretung trägt zu einer vermeintlichen Legitimierung rechtsextremer Angriffe bei. Zwar sind solche rechtsextremen Angriffe keine Neuheit, allerdings erfahren sie eine enorme Normalisierung. Das zeigt sich auch darin, dass solche Angriffe immer seltener medial besprochen werden und kaum noch große öffentliche Aufmerksamkeit erregen. Bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen jedoch erzielen die Angriffe starke Effekte. Denn auch Erfolge wie abgewehrte physische Angriffe oder wenn Anträge zur Einstellung staatlicher Förderungen abgelehnt werden, haben eine einschüchternde Wirkung, binden wertvolle Ressourcen und führen zur Selbstzensur zivilgesellschaftlicher

Akteure – in der Hoffnung, so weitere Angriffe vermeiden zu können. Die rechtsextreme Konstruktion des Feindbilds Zivilgesellschaft richtet sich dabei nicht nur gegen Nichtregierungsorganisationen, sondern zielt zunehmend auch darauf ab, Misstrauen gegen demokratische Institutionen zu erzeugen.

Das Projekt BEWARE (Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen) der Hochschule Niederrhein, welches in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung eine Handreichung publiziert hat, hat im Rahmen einer Befragung vier Kategorien zu Angriffen auf Demokratieprojekte entwickelt (Küppers, Leber, Mertens 2024). Diese Kategorien lassen sich auf die gesamte Zivilgesellschaft übertragen und unterscheiden gewaltbezogene Angriffe, politische Interventionen, ein gesellschaftspolitisches Bedrohungsszenario und die Erwartung von Bedrohungen.

Um auf die akute Bedrohungslage zivilgesellschaftlicher Akteure zu reagieren, bietet die Amadeu Antonio Stiftung monatliche Sicherheitsprechstunden für Organisationen, Vereine und Einzelpersonen an, die sich vor rechtsextremen Angriffen schützen möchten. In Erfahrungswerten aus diesen Gesprächen sowie Monitoring-ergebnissen aus der mediale Berichterstattung und den Zahlen des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) zeichnet sich ab, dass die vier definierten Angriffskategorien für die plurale und demokratische Zivilgesellschaft immer präsenter und relevanter werden und somit auch die demokratische Zivilgesellschaft unter akuter Bedrohung steht.

Mehrere Vorfälle haben 2025 exemplarisch gezeigt, wie vielfältig rechtsextreme Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteure ausfallen können:

- Unter **„Gewaltbezogenen Angriffen“** lassen sich laut BEWARE sowohl strafbare Formen wie Körperverletzungen und Störungen etc. subsumieren, als auch nicht-strafbare Formen wie Raumnahme oder räumliches Dominanzverhalten.
- **„Politische Interventionen“** meinen politische Markierungen, Diskreditierung, Behinderung und Infragestellung der Professionalität oder Neutralität.
- Das **„gesellschaftspolitische Bedrohungsszenario“** umfasst das Erstarken von rechtsextremen Kräften bei einer gleichzeitig abklingenden Solidarisierung mit Betroffenen und unsicheren Bedingungen für Demokratiearbeit.
- Die sogenannte **„Bedrohungserwartung“** gilt als Einschätzung in Bezug auf ein „erhöhtes Risiko von Angriffen auf das private Leben, die Demokratiearbeit und die demokratische Gesellschaft.“

- So wurde in Löhne (Nordrhein-Westfalen) eine für Schüler*innen geplante Diskussionsveranstaltung mit demokratischen Bundestagskandidat*innen durch politische Interventionen der AfD – darunter Dienstaufsichtsbeschwerden – so massiv unter Druck gesetzt, dass die Stadt die Veranstaltung schließlich absagte. Die AfD wurde nicht zur Podiumsdiskussion eingeladen, was sie Anlass für die beschriebenen Beschwerden genommen hat. Durch den Ausschluss der AfD

wurden die Organisator*innen von rechts-extremen Akteuren als undemokratisch und politisch nicht neutral markiert: Eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus zu beziehen, wird hier von der AfD genutzt, um sich als Opfer einer vermeintlich zensierenden Zivilgesellschaft zu inszenieren.

- Ein gänzlich anderes Muster mit deutlich unmittelbarer Folgen zeigte sich im gewalttätigen Angriff auf einen Jugendclub in *Senftenberg (Brandenburg)*, bei dem rund 40 verummte Rechtsextreme das Gebäude attackierten, Steine warfen und versuchten, in die Räumlichkeiten einzudringen. Obwohl bei diesem Angriff durch eine schnelle Reaktion des Jugendclubs sowie der Polizei Schlimmeres verhindert werden konnte, entfaltet der Angriff eine einschüchternde Wirkung: Er zeigt deutlich, dass Rechtsextreme zur Bekämpfung der Zivilgesellschaft nicht vor physischer Gewalt zurückschrecken und dass zivilgesellschaftliche Räume Ziel dieser Gewalt sind.
- In Südbrandenburg, einschließlich Cottbus, wurden im Jahr 2025 außerdem mehrere gewaltsame Angriffe auf alternative und subkulturelle Einrichtungen registriert. Dabei wurde unter anderem das alternative Hausprojekt „Zelle79“ *angegriffen*, und mutmaßlich rechtsextreme Täter*innen riefen verfassungsfeindliche Parolen.
- Ergänzt wird dieses Bedrohungsspektrum durch politische Interventionen, wie etwa im *Brandenburger Landtag*, in dem die AfD-Fraktion die staatliche Förderung verschiedener Demokratieprojekte zu beenden versuchte. Begründet werden solche Forderungen damit, dass eine staatliche Förderung der

Zivilgesellschaft im Widerspruch zur politischen Unabhängigkeit von den regierenden Parteien stünde. Weitere Beispiele lassen sich auch in anderen Landtagen und im Bundestag finden. Mit solchen Interventionen diskreditiert die rechtsextreme Partei die Arbeit der demokratischen Zivilgesellschaft. Auch wenn die parlamentarischen Anträge keinen Erfolg haben und staatliche Förderungen nicht ausgesetzt werden, haben solche Interventionen eine starke Signalwirkung: Das Fortbestehen finanzieller Förderungen der Zivilgesellschaft wird grundsätzlich in Frage gestellt. Und das löst Unsicherheiten aus und kann teilweise zur Selbstzensur zivilgesellschaftlicher Akteure zur Vorbeugung weiterer Angriffe führen.

Rechtsextreme Angriffe erstrecken sich inzwischen über alle vier von BEWARE identifizierten Kategorien hinweg. Sie werden für demokratische Akteure zunehmend zu einem Risiko, das ihren Alltag erheblich beeinträchtigt und die Demokratiewerk in einem Maße erschwert und sie in Teilen nahezu unmöglich macht. Die Beispiele verdeutlichen die Angriffsstrategien rechtsextremer Akteure, die mithilfe von Einschüchterungsversuchen und körperlichen Angriffen auf unterschiedlichen Ebenen das Ziel der räumlichen Dominanz und Raumnahme verfolgen. Ähnlich wie bei den Angriffen auf Christopher Street Days arbeiten verschiedene rechtsextreme Akteure durch ein gemeinsames Feindbild an der Destabilisierung der demokratischen Zivilgesellschaft. Eine Folge dieser Taktik sind sogenannte Shrinking Spaces.

Shrinking Spaces

Demokratische Handlungs- und Schutzräume für Betroffene werden kleiner, während die Hürden für Engagement und Demokratiewerk immer größer werden. Wie im *Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung* beschrieben, ist diese Entwicklung international zu beobachten: autoritäre Kräfte setzen auf die Einschüchterung und Schwächung demokratischer Strukturen, um die politische Teilhabe vieler Menschen einzuschränken. Dies geschieht, indem Ängste durch wiederkehrende und systematische Angriffe verstärkt, finanzielle Förderungen gestoppt und zivilgesellschaftliche Akteure durch die Konstruktion eines Feindbilds mit Hilfe von Einfluss- und Informationskampagnen diskreditiert werden.

Analyse zu den Angriffen auf die Zivilgesellschaft

Das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus und Demokratieschutz der Amadeu Antonio Stiftung hat mithilfe eines Medienmonitorings Zahlen und Daten zu Angriffen auf die Zivilgesellschaft vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2025 erhoben. Anhand der von BEWARE definierten Kategorien wurden die recherchierten Angriffe kategorisiert, wobei eine Mehrfachzuordnung möglich war. Es ist davon auszugehen, dass nicht alle Angriffe auf die Zivilgesellschaft durch das Medienmonitoring abgedeckt werden können, weshalb die präsentierten Zahlen als Mindestanzahl zu verstehen sind.

Zusätzlich wurden, um die vorherrschenden Narrative hinter den Angriffen zu identifizieren, die zu den kleinen Anfragen im Bundestag gehaltenen Reden der Antragstellenden inhaltlich analysiert. Außerdem wurde ergänzend eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung von rechtsalternativen Medien, in denen die Finanzierung

von NGOs thematisiert wurde, vorgenommen.

Insgesamt wurden so 112 Angriffe erfasst. Davon sind 58 Angriffe als politische Interventionen einzuordnen, 56 als gewaltbezogene Angriffe, 42 als gesellschaftspolitisches Bedrohungsszenario und sechs als Bedrohungserwartung.

Der geographische Vergleich zeigt, dass zivilgesellschaftliche Akteure in den ostdeutschen Bundeslän-

dern deutlich häufiger angegriffen werden: 56 aller erfassten Angriffe fanden in den ostdeutschen Bundesländern statt, 14 in Berlin und 42 in den westdeutschen Bundesländern. Dieses Ungleichgewicht spiegelt sich auch in allen Kategorien außer der Bedrohungserwartung wieder.

	Gesamt (alle Orte)	Berlin	Ostdeutsche Bundesländer	Westdeutsche Bundesländer
Gesamt (alle Angriffsarten)	112	14	56	42
Gewaltbezogene Angriffe	56	7	26	23
Politische Interventionen	58	7	34	17
Gesellschaftspolitisches Bedrohungsszenario	42	6	23	13
Bedrohungserwartung	6	2	1	3

Politisch-administrative Dynamiken

Parlamentarische Anfragen sind ein wichtiges demokratisches Mittel. Sie ermöglichen es Abgeordneten, die Regierung zu kontrollieren, Transparenz herzustellen und Missstände aufzudecken. Diese Kontrollfunktion ist ein wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie und dient dem öffentlichen Interesse.

Zivilgesellschaftliche Akteure werden mithilfe solcher Anfragen auf parlamentarischer Ebene jedoch immer häufiger angegriffen. Dabei wird nicht nur ihre staatliche Förderung in Frage gestellt, sondern auch ihre politische Haltung als vermeintlicher Verstoß gegen die Gemeinnützigkeit und Neutralität dargestellt. Diese Interventionen gehen besonders häufig, aber nicht ausschließlich, von der rechtsextremen AfD aus: 94 Prozent der von Campact erfassten parlamentarischen Anfragen, die sich gegen die Zivilgesellschaft richten, wurden von der AfD gestellt. Entsprechend fokussiert sich auch die Analyse auf die AfD. Anders als bei einzelnen berechtigten Kontrollanfragen handelt es sich hier in der Summe um systematische Angriffe, die darauf

abzielen, demokratische Mittel zu missbrauchen, indem gezielt zivilgesellschaftliche Initiativen diskreditiert und Ressourcen der Regierung gebunden werden.

- Die parlamentarischen Anfragen beinhalten in der Regel haltlose Kritikpunkte und Fragenkataloge zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren, wobei viele der erfragten Informationen öffentlich einsehbar sind.
- Die wiederholte Infragestellung staatlicher Förderungen, die detaillierten Diskreditierungen spezifischer zivilgesellschaftlicher Akteure und Projekte und die umfangreichen Fragenkataloge sollen den Eindruck willkürlicher und intransparenter Vergabeverfahren staatlicher Förderungen erwecken.
- Zusätzlich werden durch die Anfragen wichtige Ressourcen in den Ministerien gebunden, die sie im Namen der Bundesregierung beantworten müssen.
- Die Nennung einzelner Initiativen und zivilgesellschaftlicher Akteure hat darüber hinaus eine einschüchternde Signalwirkung: Auch wenn nur spezifische Initiativen diskreditiert werden und die Einstellung ihrer

Förderung gefordert wird, beschränkt sich der Angriff nicht auf sie. Stattdessen sind die parlamentarischen Anfragen als Angriffe gegen alle staatlich geförderten Projekte, Initiativen und zivilgesellschaftlichen Akteure zu verstehen. Die einschüchternde Wirkung ist besonders bei kleineren, ehrenamtlich organisierten Strukturen groß, da diese seltener über die nötigen Ressourcen zur Abwehr solcher Angriffe verfügen.

- Die parlamentarischen Interventionen beschränken sich nicht auf den Bundestag. Auch auf Landes- und kommunaler Ebene werden solche Anfragen vermehrt gestellt und zeigen bereits Wirkung. Die Dynamik ist dabei vergleichbar mit den kleinen Anfragen im Bundestag.

Wie bereits beschrieben ist ein besonders wichtiger Akteur bei den Diffamierungskampagnen gegen zivilgesellschaftliche Akteure durch parlamentarische Anfragen die rechtsextreme AfD. Im Juli 2025 wurde ein detaillierter *Plan der Partei* bekannt: In einer internen E-Mail wurde skizziert, wie die rechtsextreme Partei strategisch gegen politische Nichtregierungsorganisationen vorgehen möchte. Ein besonderer Fokus wird dabei auf Initiativen gelegt, die eine staatliche Förderung, etwa über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend erhalten. Als Teil ihres strategischen Plans hat die AfD mehrere Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, die sich parlamentarischen Anfragen, Recherchen und dem Identifizieren von juristischen Fallstricken widmen. Die parlamentarischen Angriffe der rechtsextremen Partei auf die Zivilgesellschaft geschehen also nicht zufällig, sondern

sind strategisch geplant und haben ein klares Ziel: die Einschränkung und Beendigung staatlich geförderter, zivilgesellschaftlicher Arbeit.

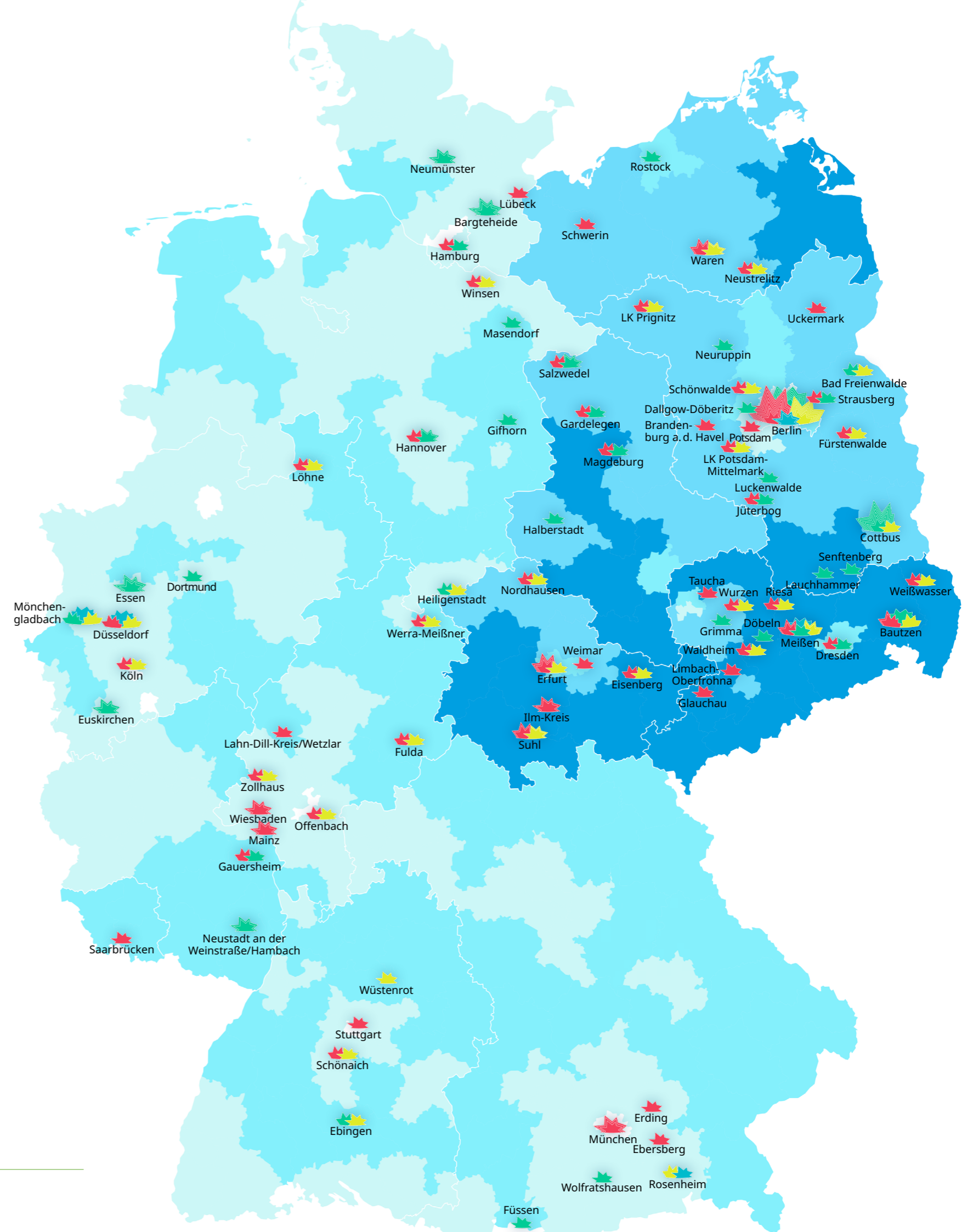
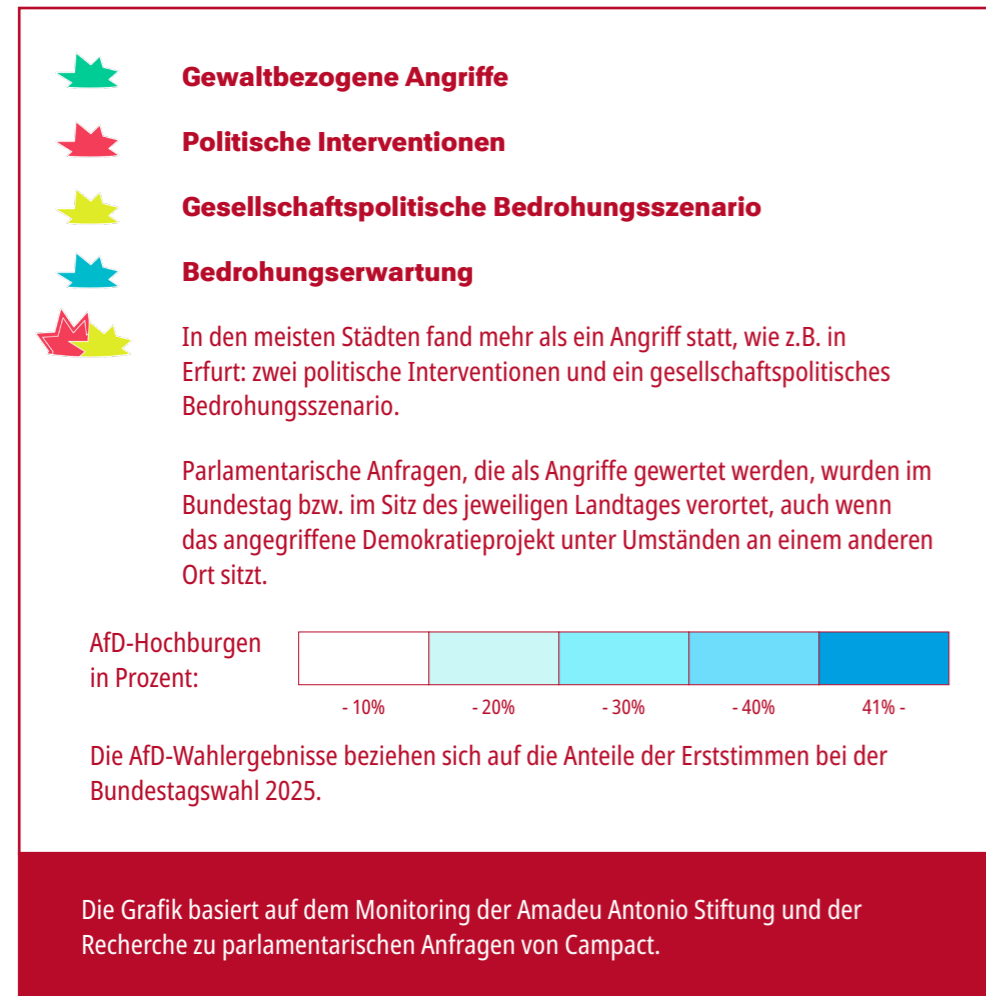
Die Amadeu Antonio Stiftung ordnet die AfD als rechtsextrem ein – und warum der Verfassungsschutz zögert

Die Amadeu Antonio Stiftung stuft die AfD als rechtsextreme Partei ein. Sie hetzt gegen Minderheiten, relativiert den Nationalsozialismus, verbreitet völkisch-autoritäre Weltbilder und arbeitet gezielt an der Delegitimierung der Demokratie. Ihr Ziel ist nicht Reform, sondern die Aushöhlung der freiheitlichen Ordnung zugunsten eines ethnisch definierten, autoritären Staates.

Auch der Verfassungsschutz teilt diese Analyse im Kern: Nach jahrelanger Beobachtung liegt ein Gutachten vor, das die AfD als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ bewertet. Die AfD klagte in einem Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht Köln erfolgreich gegen diese Einstufung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Bis zu einem anstehenden Hauptverfahren muss der Verfassungsschutz daher weitere Belege vorlegen, dass die AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft werden darf.

Politikwissenschaftlich ist die Lage klar: Die AfD hat sich vom rechtspopulistischen Protestprojekt zu einer *rechtsextremen, autoritären Partei entwickelt* – unabhängig davon, wann das Urteil des Verwaltungsgerichts offiziell veröffentlicht wird.

Angriffe auf die Zivilgesellschaft



Informations- und Einflusskampagnen

Immer mehr Akteure unterschiedlicher politischer Lager und Strukturen verbreiten übereinstimmende Narrative und Argumente zur Diskreditierung der Zivilgesellschaft. Diese Narrative dienen der Konstruktion des Feindbilds Zivilgesellschaft. Durch die wiederholte Verbreitung und Verknüpfung der unterschiedlichen Narrative wird ein bedrohliches Bild der Zivilgesellschaft gezeichnet, welches in verschiedenen Informations- und Einflusskampagnen aufgegriffen und verstärkt wird. Das Bundesministerium des Innern betont im *Verfassungsschutzbericht 2024*, dass rechtsextreme Akteure bei der Verbreitung ideologischer Narrative stark um die Anschlussfähigkeit im gesellschaftlichen Diskurs bemüht sind: „Durch das Aufgreifen tagespolitischer Themen und deren Anreicherung mit rechtsextremistischer Ideologie soll Einfluss auf die in der Gesellschaft vorherrschende Meinung, darunter auch jene der bürgerlich-demokratischen Mitte, genommen werden.“ Neben parteipolitischen Akteuren wie der rechtsextremen AfD spielen rechtsalternative Medien dabei eine immer größer werdende Rolle.

Rechtsalternative Medien erfüllen für rechtsextreme Akteure eine Scharnierfunktion, da sie neben einer hohen Reichweite vor allem konservative Leser*innen außerhalb der rechtsextremen Blase erreichen. Ihre Inhalte werden primär über Soziale Medien verbreitet. Ulrich Siegmund, Vorsitzender der Landtagsfraktion und Spitzenkandidat der gesichert rechtsextremistischen AfD in Sachsen-Anhalt, benennt einzelne rechtsalternative Medien explizit als *Vorfeld-Medien* seiner Partei. Damit beschreibt er die bedeutende Rolle dieser Medien in der Verbreitung rechtsextremer Narrative. Der Schulterschluss dieser Akteure wirkt dabei wechselseitig: Die rechtsalternativen Medien verbreiten die Narrative rechtsextremer Politiker*innen und bieten ihnen damit eine weitere Plattform. Gleichzeitig verleiht der Auftritt bekannter rechtsextremer Bundes- und Landespolitiker*innen den rechtsalternativen Medien mehr vermeintliche Legitimität. *Die rechtsalternativen Medien fungieren dabei als Verbindung zwischen rechtspopulistischen, rechtsextremen und*

Rechtsalternative Medien

...sind Plattformen, Blogs oder Kanäle, die sich selbst häufig als „unabhängig“ oder „alternativ“ zur etablierten Presse darstellen, in Wahrheit aber eine ideologisch nationalistische oder rechtspopulistische Perspektive verbreiten. Sie zeichnen sich durch die gezielte Verbreitung von Desinformation, einseitige Deutungen, Verschwörungsideologien und Stimmungsmache gegen gesellschaftliche Minderheiten oder demokratische Institutionen aus.

Der Begriff „rechtsalternativ“ verdeutlicht, dass diese Medien nicht neutral oder ausgewogen berichten, sondern eine klare politische Agenda verfolgen. Ihr Einfluss ist problematisch, weil sie das Vertrauen in unabhängigen Journalismus untergraben und gesellschaftliche Polarisierung fördern, manchmal auch ohne die gesetzliche Einschränkung der Pressefreiheit zu verletzen. Gleichzeitig gilt: Pressefreiheit ist ein hohes Gut in Deutschland. Kritik an rechtsalternativen Medien bedeutet keine Zensur, sondern die Aufklärung über demokratiegefährdende Strategien, um zu verhindern, dass Desinformation, Hass und Rechtsextremismus in der Gesellschaft Fuß fassen.

antidemokratischen Kreisen. Sie fördern durch Desinformation, selektive Berichterstattung und bewussten Kampagnenjournalismus die Verbreitung von demokratiefeindlichen und verschwörungsideologischen Narrativen. Dabei untergraben sie die faktische Basis öffentlicher Debatten und erschüttern damit eine wichtige Grundlage der demokratischen Meinungsbildung. Auch Karin Prien, Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, erkennt in dem Vorgehen einiger rechtsalternativen Medien den Willen „zur *Delegitimierung und Zersetzung unseiner freiheitlichen, demokratischen Systems*“. Wie auch rechtsextreme Politiker*innen, verbreiten rechtsalternative Medien in ihrer Berichterstattung immer wieder die gleichen Narrative und inszenieren die Aufbereitung öffentlich bekannter Informationen stets als neue Entdeckungen – der tatsächliche Enthüllungscharakter ist dabei jedoch gering. Gemeinsam stilisieren sich die rechtsalternativen Medien und rechtsextreme Akteure als Kämpfer*innen für die Meinungs- und Pressefreiheit, in Opposition zu den öffentlich-rechtlichen Medien. Auch traditionelle Medien greifen die Narrative der rechtsextremen Akteure und der rechtsalternativen Medien häufig auf, sowohl reproduzierend als auch problematisierend, und verbreiten diese dadurch an ein breiteres Publikum.

Als bewährtes Mittel nutzen verschiedene Akteure häufig unterschiedliche Erzählungen über die Zivilgesellschaft, die bewusst immer wieder aufgegriffen und miteinander vermischt werden. Sie existieren nicht getrennt voneinander, sondern stützen sich oft gegenseitig. So wird beispielsweise die vermeintliche Einschränkung der Meinungsfreiheit oft als Beispiel genannt,

wie die Zivilgesellschaft gegen die Interessen der Bürger*innen arbeite und dass dies von der Regierung gewollt sei. So wird insgesamt das Bild einer bedrohlichen Zivilgesellschaft gezeichnet, die zusammen mit den Regierungsparteien, bzw. gar in deren Auftrag, gegen die Interessen der Bürger*innen arbeiten würde. Dabei wolle sie vor allem die Meinungs- und Pressefreiheit immer weiter einschränken. Staatliche Förderungen werden hier nicht als Mittel der Demokratieförderung, sondern als das Gegenteil davon – also als eine Gefahr für die Demokratie – stilisiert. Gleichzeitig beanspruchen rechtsextreme Akteure für sich, sich mit ihrer Kritik an Förderstrukturen für die Demokratie einzusetzen.

Narrativ 1:
Demokratiearbeit vs. Bürgerinteressen

Rechtsextreme Akteure spielen die staatliche Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen die Interessen von Bürger*innen aus. Sie stellen die staatlichen Ausgaben für zivilgesellschaftliche Förderungen direkt infrastrukturellen und sozialen Ausgaben des Staates gegenüber und suggerieren dabei, dass aufgrund der Förderungen für letztere nicht genügend Mittel zur Verfügung stünden. Sie bezeichnen die staatlichen Förderungen als Verschwendung des Geldes der Steuerzahler*innen. Dabei stellen sie zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit als abkömmlich, oftmals sogar als undemokratisch dar. Diese Darstellung wird häufig durch Frauen- und Queerfeindlichkeit unterfüttert: Insbesondere zivilgesellschaftliche Angebote, die sich an ein queeres Publikum richten, werden als lächerlich und überzogen diskreditiert.

Narrativ 2:
Staatliche Ineffizienz und Intransparenz

Die staatliche Finanzierung von zivilgesellschaftlicher Arbeit wird als intransparent und ineffizient dargestellt. Angeknüpft an die Erzählung der Steuergeldverschwendung werden hier nicht nur die Förderungen an sich, sondern auch die Strukturen dahinter angegriffen. Die zuständigen Ministerien und die Regierung selbst werden als unwissend und naiv dargestellt, als hätten sie keinen Überblick darüber, welche Projekte gefördert werden und was die Arbeit in diesen Projekten beinhaltet. Zudem wird kritisiert, dass die Verwaltung der Förderung somit kostenintensiver werde und dass damit vermeintlich weitere Steuergelder verschwendet würden. Mit der komplizierten Bürokratie hinter der staatlichen Förderung wird argumentiert, dass der Staat sich von den eigenen Bürger*innen entferne. Dies geht einher mit der Forderung nach einer Streichung der Förderprogramme.

Widerlegung:
Durch diese Erzählungen suggerieren rechtsextreme Akteure, dass Ausgaben für Demokratiearbeit unnötig seien oder auf Kosten anderer staatlicher Projekte gingen. Viel relevanter ist, dass die gesellschaftlichen Folgekosten ausbleibender Demokratiearbeit deutlich höher sind als die Ausgaben selbst. Sie zeigen sich sowohl in konkreten finanziellen Belastungen, wie den Kosten für Kriminalität oder für soziale Konflikte, als auch in der langfristigen Gefährdung der Funktionsfähigkeit der Demokratie durch Radikalisierung und Polarisierung. Rechtsextreme Akteure verschweigen zudem den erheblichen Nutzen zivilgesellschaftlicher Initiativen, von dem Bürger*innen direkt profitieren, sei es durch Bildungs-, Freizeit- oder Beratungsangebote, und verschweigen, dass stabile demokratische Strukturen letztlich gesamtgesellschaftlich günstiger sind als die Folgen ihres Abbaus.

Widerlegung:
Bürokratische Verfahren erfüllen in der Demokratie eine wichtige Funktion: Sie sorgen für Transparenz, Nachvollziehbarkeit und klare Verantwortlichkeiten, gerade dann, wenn staatliche Mittel für Bereiche wie Demokratiearbeit vergeben werden. Zudem beugen sie Korruption und Vetternwirtschaft in gewisser Weise vor. Gleichzeitig können die umfangreichen Anforderungen an Dokumentation, Berichterstattung und Evaluation in Programmen wie „Demokratie leben!“ in der Praxis eine spürbare Belastung darstellen. Oft entsteht dieser hohe Verwaltungsaufwand nicht aus sich selbst heraus, sondern im Kontext einer anhaltenden öffentlichen und politischen Infragestellung von Demokratiearbeit. Dadurch geraten Projekte unter erheblichen Druck, ihre Arbeit fortlaufend zu rechtfertigen und besonders umfassend nachzuweisen. Die Folge kann ein Verwaltungsniveau sein, das zwar Transparenz sichern soll, aber zugleich wertvolle Ressourcen bindet und die Handlungsspielräume der Projekte begrenzt.

Narrativ 3:
Der NGO-Deepstate

Zivilgesellschaftliche Organisationen werden als Vorfeld der regierenden Parteien bezeichnet. Dabei bedienen sich rechtsextreme Akteure der im Kern antisemitischen Verschwörungserzählung des „tiefen Staats“ bzw. Deepstates: Nach dieser Erzählung gehe eine verdeckte Macht von Akteuren aus, die im Hintergrund die Regierung kontrolliere und demokratische Prozesse manipulierte. Insbesondere den Parteien der früheren Ampel-Regierung wird vorgeworfen, dass sie sich mit den staatlichen Förderungen eine Zivilgesellschaft aufgebaut hätten, die den eigenen parteipolitischen Interessen und Überzeugungen entspricht. Auf diese Weise hätten die Parteien ihre Macht ausgeweitet. Rechtsextreme Akteure suggerieren dabei, dass die staatlich finanzierten Teile der Zivilgesellschaft der verlängerte Arm einer politischen Agenda seien.

Narrativ 4:
Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit

Rechtsextreme Akteure werfen zivilgesellschaftlichen Akteuren die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit vor. Rechtsextreme Akteure beharren darauf, dass eine tatsächliche Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland zu einer politischen Wende und dem Ende der sogenannten kulturell-linken Hegemonie führen würde. Entsprechend würden zivilgesellschaftliche Akteure genau diese Meinungs- und Pressefreiheit vermeintlich beschneiden. Als Beweis dafür wird Kritik an beispielsweise rechtsalternativen Medien und rechtsextremen Akteuren als Diskreditierung und Diffamierung bezeichnet. Das erklärte Ziel rechtsextremer Akteure durch diese Strategie ist dabei die Durchbrechung eines angeblichen Informationsmonopols. Sie versprechen, dass Bürger*innen sich nur ohne eine vermeintliche Beeinflussung durch die demokratische Zivilgesellschaft eine eigene Meinung bilden könnten, zivilgesellschaftliche Akteure werden dabei als „Bündnisse gegen das Selberdenken“ diffamiert.

Widerlegung:
Staatliche Förderungen werden in Deutschland nicht direkt von Parteien, sondern von Ministerien, Behörden und nachgeordneten Fachstellen vergeben. Zwar können Regierungswechsel politische Prioritäten beeinflussen oder zu einer Neujustierung von Programmen führen, aber das ist in einer parlamentarischen Demokratie normal. Die umsetzenden Stellen jedoch arbeiten nach festgelegten fachlichen Richtlinien, aktuellen Erkenntnissen wissenschaftlicher Forschung, juristischen Vorgaben und transparenten Verfahren. Diese Strukturen sorgen dafür, dass geförderte zivilgesellschaftliche Organisationen inhaltlich unabhängig bleiben. Fördermittel sind an Zielvorgaben, Qualitätskriterien und überprüfbare Leistungen gebunden, nicht an parteipolitische Loyalität. NGOs sind deshalb nicht verpflichtet, politische Positionen einer Regierung zu übernehmen und die Regierung kann ihnen keine inhaltlichen Weisungen für ihre Arbeit erteilen. Die Behauptung, Parteien würden über staatlich finanzierte Programme die Zivilgesellschaft steuern oder ihre Macht ausweiten, entspricht nicht der Funktionsweise einer demokratischen Förderlandschaft. Sie verkennt, dass staatliche Förderung in Deutschland auf rechtsstaatlichen Prinzipien, einer pluralen Medien- und Vereinslandschaft und der Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft aufbaut.

Widerlegung:
Durch diese Taktik wird jegliche Kritik an dem Vorgehen rechtsextremer Akteure bereits im Vorhinein ausgehebelt: Mit der Erzählung des verengten Meinungskorridors wird jegliche Kritik an dem Vorgehen und den Äußerungen rechtsextremer Akteure als Beweis für eben diese Einschränkung der Meinungsfreiheit gedeutet. Dabei ist Widerspruch und Kritik – sowohl von rechtsextremen Akteuren gegen die Zivilgesellschaft als auch andersherum – von der Meinungsfreiheit gedeckt. Das zeigt auch die Tatsache, dass beispielsweise rechtsalternative Medien in ihrer Berichterstattung staatliche Förderprogramme kritisieren können und dabei nicht eingeschränkt werden.

Stimmen aus der Praxis

Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteure zeigen eine große Wirkung, auch über die direkt verursachten Schäden hinaus. Sie kreieren eine Atmosphäre der Angst und wirken sich auf die zivilgesellschaftliche Arbeit aus. Laut einer Umfrage des Projekts BEWARE von 2024 reagieren Betroffene auf die Angriffe, indem sie beispielsweise Orte und Situationen, die sie als gefährlich einschätzen, auch jenseits ihrer Arbeit meiden. Einige (11-14 Prozent) überlegen zudem, wegen der Bedrohungen nicht mehr in der Demokratiearbeit tätig zu sein. Ein viel größerer Teil (71 Prozent) gibt jedoch an, sich durch die Bedrohungen im eigenen Engagement bestätigt zu sehen und 42 Prozent der Befragten wollen ihre politische Arbeit sogar intensivieren.

Im Rahmen einer kleinen Umfrage von geförderten Projekten durch die Amadeu Antonio Stiftung, schildern betroffene Initiativen aus unterschiedlichen Regionen, welchen Bedrohungen sie ausgesetzt waren und welche Maßnahmen sie ergriffen haben, um sich zu schützen und handlungsfähig zu bleiben.

Rechtsextremismus

Der Begriff Rechtsextremismus ist ein Oberbegriff für politische Einstellungen, die die Demokratie und die Gleichwertigkeit aller Menschen ablehnen. Der Begriff wird nicht nur vom Verfassungsschutz, sondern auch in wissenschaftlichen Diskursen und Einschätzungen verwendet. Entsprechend wird der Begriff auch in diesem Sicherheitsreport benutzt. Originalzitate wurden allerdings nicht angepasst.

Kurzinterviews mit 6 Vertreter*innen betroffener Initiativen

Welchen rechtsextremen Angriffen oder Anfeindungen wart Ihr 2024/2025 ausgesetzt?

Kontaktstelle Holler, Kusel (Rheinland-Pfalz):

„Klebeaktionen an der Tür unserer Einrichtung, Outing-Aktionen, Morddrohungen via Mail, Hasskommentare bei Facebook und Anfeindungen auf offener Straße.“

RABRYKA, Görlitz (Sachsen):

„Kündigungsantrag seitens der AfD im Stadtrat zum Entzug der Betreiberkonzession durch unseren Verein für den Betrieb des Soziokulturellen Zentrums RABRYKA und Unterlassungsanzeige durch einen AfD-Stadtrat für die namentliche Nennung des Schlosses Ober-Neundorf im Rahmen einer Veranstaltung zur Anastasia-Bewegung.“

Welcome in! Fulda e.V. (Hessen):

„Nach einer Podiumsdiskussion ohne AfD-Beteiligung wurden wir von der AfD massiv angegriffen, u. a. durch monatelange Akteneinsichtsausschüsse gegen unsere Projekte. Diese erzeugten hohen Druck auf Verwaltung und Verein, führten aber nur zu zwei minimalen Rechnungsfehlern, die nun politisch ausgeschlachtet werden.“

Kreisjugendring Oberhavel e.V. (Brandenburg):

„Besonders viele rechtsextreme Vorkommnisse ereigneten sich in 2024 um den CSD in Oranienburg, die auch medial für Aufsehen sorgten. Die extrem rechte Organisation „Deutsche Jugend Voran“ (DJV) meldete eine Demonstration an, die hinter dem Pride-Umzug mit Abstand von 100 Metern marschierte.“

Queeres Netzwerk Gifhorn e.V. (Niedersachsen):

„Der schwerste Vorfall ereignete sich erst kürzlich, als Unbekannte ein weißes Hakenkreuz aus Gaffa-Tape an eines unserer Schaufenster klebten. Dieser Angriff hat eine besonders einschüchternde Wirkung – sowohl auf das Team als auch auf die Jugendlichen, die unser Zentrum nutzen.“

Losmachen e.V., Cottbus (Brandenburg):

„Orte und Menschen aus unserem Netzwerk wurden leider vermehrt gewalttätig angegriffen. Ein weiteres Thema waren parlamentarische Anfragen der AfD, bei denen die Landesregierung uns in einem Fall als Verein auch namentlich in der Antwort genannt hat.“

Welche Maßnahmen hat Euer Projekt gegen rechtsextreme Anfeindungen/Angriffe (erfolgreich) umsetzen können?

Kontaktstelle Holler:

„Wir stärken die Solidarität und Vernetzung zwischen unterschiedlichen Gruppen, Vereinen und engagierten Menschen, tragen Problemsituationen gemeinsam in die Öffentlichkeit, (...) und schaffen sichere Räume für Betroffene.“

RABRYKA:

„Wir lassen uns nicht einschüchtern, sondern holen rechtlichen Rat ein, entwickeln gemeinsam mit dem MBT Ost wirksame Notfallpläne, erhöhen die Sicherheitsvorkehrungen bei politisch geprägten Veranstaltungen, melden größere Events im Vorfeld der Polizei und führen Sicherheitsgespräche – begleitet von einem kontinuierlichen Monitoring öffentlicher Kanäle und der sorgfältigen Überprüfung potenziell relevanter Personen im Netz.“

Queeres Netzwerk Gifhorn e.V.:

„Durch unsere Bildungsangebote und öffentlichen Aktivitäten haben wir versucht, Menschen für diese Themen zu gewinnen und langfristige Haltungen zu stärken. Zudem haben wir rechtsextreme Kommentare sowie Anfeindungen in sozialen Medien konsequent dokumentiert, gemeldet und angezeigt, um klare Grenzen aufzuzeigen.“

Welcome in! Fulda e.V.:

„Wir setzen auf stärkere Allianzen mit anderen betroffenen Vereinen und planen eine gemeinsame Veranstaltungsreihe zur Demokratieförderung, die in eine große Demonstration vor den Kommunalwahlen münden soll. Damit setzen wir bewusst auf sichtbare, positive Gegenkräfte statt auf reaktive Abwehr.“

Losmachen e.V.:

„Als eine Maßnahme haben wir mit der Gründung der Initiative Sichere Orte, in der sich angegriffene und bedrohte Jugendclubs, Kulturorte und Hausprojekte organisieren, umgesetzt. Die Mitglieder der Initiative machen Angriffe gemeinsam öffentlich, helfen sich finanziell und knüpfen ein Netzwerk der Solidarität untereinander.“

Wo lagen/liegen Herausforderungen/Probleme?

RABRYKA:

„Handlungssicherheit, wenn es schnelle Entscheidungen zu treffen gilt. Übernahme rechtsradikaler Narrative von konservativen Kräften in der Kommunalpolitik.“

Welcome in! Fulda e.V.:

„Die öffentliche Wahrnehmung ist stark durch die Online-Propaganda der AfD geprägt und verfestigt feindselige Echo-Kammern, die wir kaum erreichen. Die zentrale Herausforderung bleibt, Wege zu finden, diese Polarisierung zu durchbrechen und echte Begegnungen zu ermöglichen.“

Queeres Netzwerk Gifhorn e.V.:

„Eine zentrale Herausforderung besteht darin, dass wir mit unserer Arbeit häufig nicht auf offene Ohren stoßen. Personen, die uns feindlich gegenüberstehen, stellen unsere Angebote schnell als „linke Agenda“ dar und verweigern Gespräche bereits im Ansatz. Hinzu kommt, dass einige unserer Jugendlichen mittlerweile aus Angst vor rechtsextremen Reaktionen seltener oder gar nicht mehr an unseren Angeboten teilnehmen oder sich unwohl fühlen, das queere Jugendzentrum zu betreten.“

Kreisjugendring Oberhavel e.V.:

„Im ländlichen Raum gibt es keine Schutzstrukturen, keine queeren Jugendtreffs, aber politisch rechtsmotivierte Angriffe in den Stadtverordnetenversammlungen.“

Losmachen e.V.:

„Eine Herausforderung dabei ist es auch, Sicherheit so zu denken und zu leben, dass wir uns dabei selbst empowern. Wir sind zwar ab und zu auf den Schutz durch Polizei oder staatliche Akteure angewiesen, aber wir machen schon jetzt die Erfahrung, dass wir uns auf sie nicht immer verlassen können. Dies wird sich mit einem wachsenden Einfluss der AfD absehbar noch verschlechtern.“

„Die zentrale Herausforderung bleibt, Wege zu finden, diese Polarisierung zu durchbrechen und echte Begegnungen zu ermöglichen.“

Queeres Netzwerk Gifhorn e.V.

Was braucht Ihr für 2026, um euch besser vor rechtsextremen Anfeindungen schützen zu können?

Kontaktstelle Holler:

„Mehr Verständnis der schweigenden Mehrheit.“

RABRYKA:

„Den Rechtsextremismus werden wir in unserer Einrichtung durch unsere Formate nicht bekämpfen können, da braucht es generell ein Umdenken in Schulen, Betrieben etc.“

Queeres Netzwerk Gifhorn e.V.:

„Wirklich notwendig wäre vielmehr eine Stärkung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen: mehr Aufklärung und Sensibilisierung darüber, was queere Jugendarbeit leistet, was sie bedeutet und warum sie wichtig ist.“

Welcome in! Fulda e.V.:

„Wir benötigen deutlich mehr personelle Ressourcen, da zwei Teilzeitkräfte über 100 Ehrenamtliche koordinieren und kaum Kapazitäten für strategische Schutzmaßnahmen haben.“

Kreisjugendring Oberhavel e.V.:

„Für 2026 wünschen wir uns, dass der Regenbogenschutzfonds weitergeführt werden kann.“

Handlungsempfehlungen

Die aktuelle Situation und die Ausführungen in diesem Sicherheitsreport machen deutlich: Angriffe auf zivilgesellschaftliches Engagement sind Angriffe auf die Demokratie selbst.

Die Stimmen aus der Praxis zeigen: Engagement hält stand – braucht dafür aber verlässlichen Schutz, solidarische Netzwerke und ausreichende Ressourcen.

Sichtbarkeit darf kein Sicherheitsrisiko sein. Es muss Aufgabe von Politik und Gesellschaft sein, gemeinsam zivilgesellschaftliche Akteure konsequent zu stärken, statt sie allein zu lassen. Dafür ist auch eine handlungsfähige und sensibilisierte Polizei und Verwaltung essentiell.

Sichtbarkeit schaffen – Angriffe nicht im Stillen ertragen

Macht Angriffe gegen euren Verein oder eure Initiative öffentlich. Sucht mediale Unterstützung, in euren Netzwerken und bei Beratungsstellen gegen rechtsextreme Gewalt.

Solidarität – Gemeinsam stark auftreten

Zeigt Solidarität mit anderen, die angegriffen werden und fordert sie selbst ein, falls ihr betroffen seid. Angriffe verlieren an Wirkung, wenn sich viele gegenseitig unterstützen.

Neutralität & Gemeinnützigkeit betrachten

Haltet euch an die Vereinszwecke in der eigenen Satzung: Bildungsarbeit, Demokratieförderung, Jugendhilfe usw.. Passt eure Satzung ggf. an. Politisches Engagement ist erlaubt, solange es

zu den Satzungszwecken passt. Parteipolitische (Wahl-)Werbung dagegen nicht.

Demokratie ist nicht neutral. Die Menschenwürde steht über der Meinungsfreiheit und darf nicht angetastet werden. Lehrende und politisch Bildende haben das Recht, rechtsextreme Positionen zu benennen und einzuordnen.

Schutz für Betroffene

Deine Betroffenheit ist anders als die deines Gegenübers – schützt Betroffene und fragt nach Unterstützung und Bedarfen.

Prävention – Vorbereitet sein, bevor es knallt

Vernetzt euch präventiv. Wer im Krisenfall auf bestehende Strukturen und Kontakte zurückgreifen kann, ist handlungsfähiger.

Teamstärke – Aufgaben gut verteilen

Solidarität beginnt im eigenen Team. Standardisiert ein Frühwarnsystem und klärt Verantwortlichkeiten im Team, um der Vereinzelung vorzubeugen.

Netzwerke – Strukturen der Demokratie nutzen

Sucht Anschluss an bestehende Netzwerke. Dort findet ihr Unterstützung, Austausch und im Ernstfall schnelle Hilfe. Über das Förderprogramm „Demokratie leben!“ oder ein Landesdemokratiezentrum lassen sich Arbeitsgruppen bilden, die im Fall der Fälle auch gegenseitige Unterstützung bei Angriffen organisieren können.

Selbstfürsorge

Arbeit gegen Hass, Anzeigen oder Diffamierungen ist kräftezehrend. Achtet darauf, Betroffene nicht allein zu lassen und Aufgaben gerecht zu verteilen. Entlastung ist Teil des Schutzes. Kennt eure eigenen Grenzen.

Rechtliche Hilfe und Beratung

Anzeigen erstatten – Handeln statt abwarten

Informiert euch, wie und wo ihr Anzeige erstatten könnt: bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft oder, in vielen Bundesländern, einfach über die Online-Wache. Wer die Abläufe kennt, ist im Ernstfall schnell handlungsfähig, nach innen wie nach außen.

Beweise sichern – Dokumentation als Schutzschild

Fertigt nach Vorfällen zeitnah ein Gedächtnisprotokoll an und macht Fotos oder Screenshots. Diese Beweise machen Angriffe nachvollziehbar und geben Polizei, Anwält*innen und Beratenden eine konkrete Grundlage.

Zentrale Erkenntnisse & Handlungsbedarfe aus unseren Sicherheitsprechstunden:

- **Sicherheit & Austausch:** Seit Juni 2025 finden monatliche Sicherheitsprechstunden statt – der regelmäßige Erfahrungsaustausch hilft Engagierten, Bedrohungen zu reflektieren und Handlungssicherheit zu gewinnen.
- **Strukturelle Lücken im ländlichen Raum:** Fehlende Unterstützungs- und Vernetzungsstrukturen erschweren Präventionsarbeit und schwächen zivilgesellschaftliches Engagement außerhalb urbaner Zentren.
- **Sichtbarkeit braucht Schutz:** Sicherheitslücken, insbesondere bei An- und Abreisen zu CSDs und Festen für Vielfalt und Demokratie sowie unzureichende Finanzierung von Sicherheitsmaßnahmen gefährden Engagement.
- **Hohe Hürden & begrenzte Ressourcen:** Komplexe Verwaltungsanforderungen (z. B. Melderegistersperren mit stark variierenden Landesregelungen) und knappe finanzielle sowie personelle Ressourcen belasten Projekte zusätzlich.
- **Prävention stärken:** Szenariotaining und praxisnahe Sicherheitskonzepte sind zentrale Bausteine, um auf konkrete Bedrohungslagen vorbereitet zu sein.
- **Demokratie unter Druck:** Gesellschaftliche Polarisierung, Demokratiefeindlichkeit und Anfeindungen gegen Engagierte erfordern gezielte Dialogformate, neue Zugänge zu jungen und politikfernen Zielgruppen sowie stärkere Kooperationen und digitale Prozesse.

Hilfsangebote und Unterstützungsstrukturen

Unterstützungsangebote von und mit der Amadeu Antonio Stiftung

Amadeu Antonio Stiftung

Ziel der Amadeu Antonio Stiftung ist die Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antifeminismus und Antisemitismus wendet.

Civic.net

Aktiv gegen Hass im Netz

Kompetenzzentrum Rechtsextremismus und Demokratieschutz

Das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus und Demokratieschutz entwickelt Strategien zur Stärkung der Demokratie und zum wirksamen Umgang mit rechtsextremen Bedrohungen.

Kooperationsverbund Rechtsextremismusprävention

Der Verbund aus sechs Trägern deckt die Vernetzung in Zivilgesellschaft, Kirche, Schule/ Jugendarbeit, Wirtschaft, Justiz und Familie ab. Er unterstützt durch Vernetzung, Professionalisierung, Qualifikation und Beratung für Vielfalt und wehrhafte Demokratie.

Sicherheitssprechstunde

Mit den monatlichen Online-Sicherheitssprechstunden reagiert das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus und Demokratieschutz der Amadeu Antonio Stiftung auf den zuletzt stark gestiegenen Bedarf nach Beratung und Austausch zum Schutz der Zivilgesellschaft.

Betroffenenberatung

Die im Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) zusammengeschlossenen Fachberatungsstellen sorgen dafür, dass die

Betroffenen und Angegriffenen nicht allein bleiben. Der VBRG hilft, Ansprechpartner*innen vor Ort zu finden.

Journalist*innen-Organisationen

Netzwerk Recherche e.V.

Netzwerk Recherche e.V. ist ein gemeinnütziger Journalismus-Verein, der sich für die Stärkung von Recherche und Qualitätsjournalismus einsetzt.

Reporter ohne Grenzen

Teil der internationalen Organisation Reporters sans frontières, die im Bereich der Informations- und Pressefreiheit arbeitet und unter anderem Angriffe auf Journalist*innen sichtbar macht.

Juristische Beratung

Beratung und Unterstützung in Sachen Rechtsschutz findet ihr bei **FragdenStaat** und **Gegenrechtsschutz**.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Es gibt rund 50 Mobile Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen beraten.

Weitere Unterstützungsstrukturen

Antifeminismus sichtbar machen

Die bundesweite Meldestelle dokumentiert antifeministische Vorfälle. Mit ihrer Hilfe werden antifeministische Zustände sichtbar. Die Meldestelle setzt sich für Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung ein.

BAG Gleichstellung

Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

BVT*

Bundesverband Trans*

Bundesverband Queere Bildung e.V.

DaMigra

Dachverband der Migrantinnenorganisationen mit Liste der Mitgliedsorganisationen

DaMOst e.V.

Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland

dgti

Deutsche Gesellschaft für Trans*- und Inter*geschlechtlichkeit e.V.

LSVD+

Verband Queere Vielfalt

OFEK

Spezialisierte Fachberatung mit Fokus auf Antisemitismus

RIAS

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V.

ZAFFA

Zentrale Anlaufstelle und Fachberatung bei organisierter Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus (ZAFFA) ist ein Projekt von Lola für Demokratie e.V. und bietet Fachberatung und Qualifizierung, u.a. zum Umgang mit antifeministischen Angriffen.

Zusammen für Demokratie

ist ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Verbände und Einrichtungen, die sich gemeinsam für den Schutz unserer Demokratie einsetzen.

Zusammen vor Ort

ist ein Förderprogramm der Körber Stiftung für ehrenamtlich verwaltete Gemeinden in Ostdeutschland, wodurch demokratische Beteiligung und Begegnung finanziell unterstützt werden.

Weitere Analysen

Bundesministerium des Innern (2025): Verfassungsschutzbericht 2024.

DeZIM (2025): Schwindende Räume. Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird.

Hummel / Schubert (2025): Das Anti-NGO-Narrativ: Wie versucht wird, die Zivilgesellschaft zu delegitimieren.

Hummel / Nicke / Oellers (2025): Der Anti-NGO-Diskurs: Angriffe auf die Zivilgesellschaft in der medialen Öffentlichkeit.

Kulturbüro Sachsen e.V. (2026): Im Auftrag des Grundgesetzes. Das Neutralitätsgebot für Mitarbeitende von Verwaltung und Behörden.

Küppers / Leber / Mertens (2024): BEWARE. Bedrohung der zivilgesellschaftlichen Demokratiewerkarbeit.

Lobbycontrol (2025): Desinformation, Diffamierung und Defunding: Zivilgesellschaft unter Druck.

Seidel (2026): 551 Fragen: Wie die Kleine Anfrage von CDU und CSU Vereine zur Zielscheibe gemacht hat.

Hass und Hetze brauchen Gegenwind!

GEMEINSAM MIT DIR setzt sich die Amadeu Antonio Stiftung für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stellt.

Das sind wir

Was uns verbindet, ist die Überzeugung, dass unsere Gesellschaft stark ist, wenn wir füreinander eintreten. Dass wir gemeinsam für Demokratie und Menschenwürde und ein respektvolles Miteinander eintreten. Seit der Gründung der Amadeu Antonio Stiftung 1998 setzen wir uns dafür ein, dass genau das Realität wird – mit dir und mit allen, die nicht wegschauen. Denn es braucht jede Stimme, jeden Schritt und jede Tat gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Zusammen...

...UNTERSTÜTZEN wir Menschen, die von antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt betroffen sind. Wir leisten konkrete, unbürokratische Hilfe und setzen uns dafür ein, dass ihre Perspektiven gehört werden: in der Öffentlichkeit, im Bundestag, auf der Straße.

Mach mit!

Damit wir diese Arbeit machen können, sind wir auf Spenden angewiesen. Jede einzelne Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit der Amadeu Antonio Stiftung. Damit wir uns weiterhin gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus engagieren können. Gemeinsam.

Sei dabei.




Ja, ich bin dabei!

Spendenkonto
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
BIC: GENODEM1GLS



amadeu-antonio-stiftung.de/spenden

Der Stiftung folgen

 [AmadeuAntonioStiftung](#)
 [amadeuantoniofoundation](#)
 [amadeu-antonio-stiftung](#)

...FÖRDERN wir Initiativen und Projekte in ganz Deutschland, die sich stark machen für eine lebendige und demokratische Zivilgesellschaft – besonders dort, wo es schwierig ist, und oft im ländlichen Raum.

...FORSCHEN und **BEOBACHTEN** wir Entwicklungen zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Unser Fachwissen fließt in Studien, Publikationen, Beratungen und in konkrete Forderungen an die Politik.

...SORGEN wir dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit bleiben – damit sie nicht vergessen oder verdrängt werden. Ob mit Pressearbeit, Social Media oder Artikel auf Belltower.News – wir machen Haltung sichtbar. Und wir gehen weiter: mit Workshops, Bildungsarbeit und Fortbildungen für alle, die in ihrem Umfeld etwas bewegen wollen.

Das Kompetenzzentrum für Rechts-extremismusprävention der Amadeu Antonio Stiftung ist Teil vom Kooperationsverbund Rechtsextremismusprävention. Die Amadeu Antonio Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen, anerkannter Träger der politischen Bildung und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

 **Anerkannter
Bildungsträger**

Mitglied im

 **Bundesverband
Deutscher
Stiftungen**



**Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft**

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**